

## VORWORT

Die Finanzierbarkeit der Staatsausgaben, die Zunahme der Staatsverschuldung und die Schwierigkeiten, konjunkturell bedingte Defizite wieder abzubauen, lassen den Wunsch nach einer längerfristigen Budgetorientierung und Budgetpolitik stärker werden. Viel Hoffnung wurde im Ausland auf eine mittelfristige Finanzplanung gesetzt. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat sich daher mit den ausländischen Erfahrungen auseinandergesetzt und die Anwendung für die österreichische Situation geprüft. Ansätze für eine mittelfristige Finanzplanung hat es allerdings schon auch in Österreich gegeben; so z. B. die Erstellung zehnjähriger Investitionspläne oder auf parlamentarischer Ebene die Diskussion über die Neugestaltung des Haushaltsrechtes. Wenn auch die Erwartungen in eine mittelfristige Finanzplanung letztlich nicht überschätzt werden sollen, da der Wunsch nach Flexibilität in politischen Entscheidungen im Widerspruch zu längerfristigen Prioritätensetzungen stehen kann, so darf dennoch die Nützlichkeit dieses Instrumentariums für eine Versachlichung der Politik nicht unterschätzt werden.

Die vorliegende Studie wurde von der Arbeitsgruppe Budgetpolitik erstellt. Der Beirat dankt ihrem Vorsitzenden Univ.-Prof. Dr. Karl Socher, dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Fidelis Bauer, dem Geschäftsführer Mag. Erich Haas sowie den Autoren der Teilentwürfe, insbesondere Univ.-Prof. Dr. Alexander Van der Bellen.

Christian Festa  
Vorsitzender des Beirats  
für Wirtschafts- und Sozialfragen

Wien, im Juni 1981